

Rhein-Hunsrück-Zeitung

vom 26.11.2014

Stadtrat nimmt Bürgermeister an die Kandare

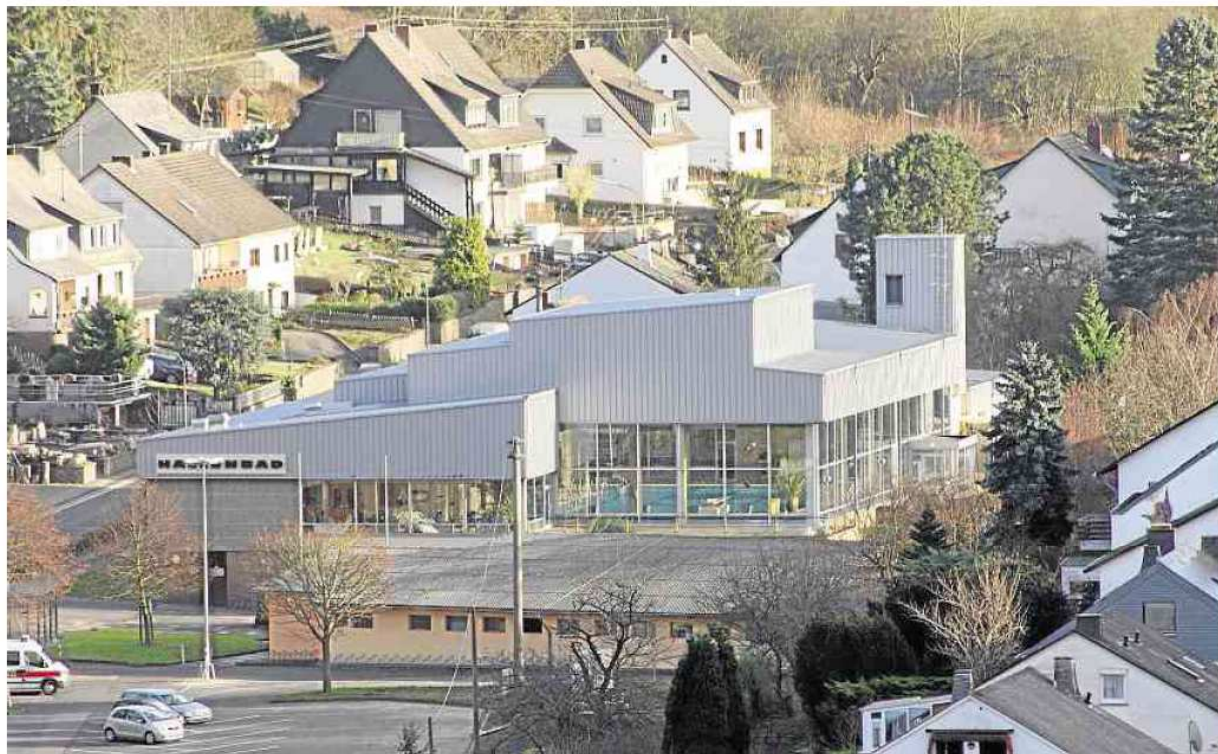
Haushalt Die 17 Ratsmitglieder von CDU, FWG, Grünen und FDP diktieren der Verwaltung die fiskalischen Daten

Von unserem Redakteur
Wolfgang Wendling

■ **Boppard.** Der Bürgermeister der Stadt Boppard hat keine Mehrheit im Stadtrat. Das gilt nicht nur für die Römertherme, die – zumindest vorerst – aus der Kommunalpolitik verschwindet. Es gilt für sämtliche Politikansätze, die das kommunalpolitische Leben in Boppard bestimmen. Mehr als zehn Abstimmungen über einzelne Haushaltsposten standen an, und stets diktierten die 17 Stimmen von CDU, FWG, Grünen und FDP der Verwaltung ins Haushaltsbuch, was zu tun und was zu unterlassen ist. Ohne Übertreibung lässt sich feststellen: Der Stadtrat nimmt den Bürgermeister an die Kandare.

Die weitreichendsten Folgen der neuen Bopparder Polit-Ordnung hat die Abstimmung über den Haushaltsansatz „Hallen- und Freibad“. Faktisch haben CDU, FWG, Grüne und FDP das Aus für die Römertherme besiegelt, indem sie alle Haushaltsmittel für das Projekt gestrichen haben. Als Hauptgrund nannten Sprecher der Vierer-Koalition die Finanzierung des Projektes durch eine Neuverschuldung, die insgesamt bei zwölf Millionen Euro liegt, und die enorme Investitionssumme von mehr als 20 Millionen Euro und dem laut einem neuen Gutachten ermittelten jährlichen Verlust von über einer Million Euro.

Die Sprecher der Stadtratsmehrheit machten deutlich, dass sie mit diesem scharfen Schnitt bei der Schwimmbad-Projektierung einen zweiten Nürburgring verhindern wollen. „Wir werden hier kein Ergebnis mit den finanziellen Risiken eines Nürburgringes zulassen“, sagte Walter Maifarh, FDP-Solist im Stadtrat. FWG-Fraktionsvorsitzender Georg Vetter übte sich gar in Wortakrobatik, als er davon sprach, dass Boppard keine „Nürburgherme“ gebrauchen könne. Der Verwaltungsvorschlag zur Schwimmbadfrage lasse in weiten Teilen Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein für die schwierigen Zukunftsaufgaben



Das Schwimmbad in Buchenau steht noch – just so, wie es seit der Schließung vor Jahren von den Besuchern und der Kommunalpolitik verlassen wurde. Was aus der Badeanlage wird, steht in den Sternen. Eine Römertherme wird es vorerst nicht geben, eine Alternative ist nicht in Sicht. Foto: S. Breitbach

vermissen, meinte Vetter. Und Wolfgang Spitz, Sprecher der CDU, führte ins Feld, dass seine Fraktion in der Vergangenheit von der damaligen Ratsmehrheit Prügel erhalten hätte, als sie auf das „Millionendesaster“ hingewiesen hätte.

Der Bürgermeister und Vertreter von SPD und BfB lobten dagegen das Projekt Römertherme. „Sie ist die wirtschaftlichste Lösung“, sagte Sandra Porz (SPD). Deswegen habe der Stadtrat im vorigen Jahr den Beschluss zur Römertherme mehrheitlich gefasst. Jürgen Mohr, Vormann der Bürger für Boppard (BfB), verteidigte mit viel Herzblut das Konzept der Römertherme. „Wir können uns mit viel gutem,

gemeinsamen Willen die Römertherme leisten“, sagte Mohr. Dank der guten Haushaltslage sei dies möglich.

Schließlich verzeichne die Stadt jedes Jahr aufs Neue bei den Haushaltsabschlüssen Überschüsse von jeweils mehr als einer Million Euro. Mohr wie auch Bürgermeister Walter Bersch machten deutlich, dass die Stadt keinen Zuschuss aus Mainz erhält, wenn die Römertherme gestrichen wird.

In der Tat: Der Vergleich mit dem Land sieht vor, dass bis Ende des Jahres für die „Sanierung des Hallenbades“ entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen müssen. Für die Sprecher der

Viererkoalition ist dagegen klar, dass der Landeszuschuss von 2,6 Millionen Euro allein schon deswegen nicht geflossen wäre, weil die Römertherme, wie sie im Haushaltsentwurf 2015 dargestellt wurde, nie und nimmer genehmigungsfähig gewesen wäre.

Im von der Viererkoalition diktierten neuen Haushaltsplan finden sich zahlreiche Punkte, die im Entwurf nicht vorhanden waren. Die mittlere Einfahrt der B 9 in Bad Salzig wird umgestaltet (1,9 Millionen Euro 2016 und 2017), der Kunstrasenplatz im Bomag-Stadion wird für 300 000 Euro saniert, um nur die wichtigsten Projekte zu nennen (weiterer Bericht dazu folgt). Zu-

dem wird der Bürgermeister an die kurze Leine gelegt. Denn alle investiven Haushaltsansätze sind künftig an den jeweiligen Verwendungszweck gebunden und dürfen nur mit ausdrücklichem Beschluss des Stadtrates zur Finanzierung anderweitiger Maßnahmen verwendet werden.

Zudem wird der Stellenplan eingefroren, bis die geforderten Stellenbeschreibungen mitsamt der Bewertungen dem Hauptausschuss vorgelegt werden. Auch dürfen mit Ausnahme der Kindergärten Einstellungen, Beförderungen und Höhergruppierungen erst dann erfolgen, wenn dem Hauptausschuss die Unterlagen vorliegen.